2013
Ausgabe 3

Leben nach Migration

Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg e. V.

Inhalt:

Seite 1ï 2: Das Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 als Leitbild für die Zukunft der Stadt.
von Nadine Katabogama

Seite 2ï 5: Kriminalisierte Mobilität. Straßenhandel als postkoloniales Recht auf Stadt?
von Noa Ha

Seite 5ï 7: Grenzenlos & unverschämt Antirassistische Widerstände Deutschlands von Menschen mit Rassismuserfahrung.
Podiumsdiskussion am Internationalen Tag gegen Rassismus

Seite 7ï 8: Internationalistischer Frauenkampftag ï Internationaler Weltfrauentag!
Von Leyla Boran

Seite 9: Internationales Flüchtlingstribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland

freitext Launch: Auftauchen ï Empowering Asian Germany

Seite 10: *Veranstaltungen, Aufrufe und Termine*

Die in Leben nach Migration wiedergegebenen Stimmen und Perspektiven sind nicht gleichzusetzen mit den Positionen und Ansichten des MRBB.

Kein Wir ohne Uns

Das Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 als Leitbild für die Zukunft der Stadt

von Nadine Katabogama

Laut amtlicher Bevölkerungsprognose wird die Einwohnerzahl Berlins bis 2030 um 250 000 Menschen steigen. Wie sieht Berlin 2030 aus? Sinkt die Arbeitslosigkeit? Haben wir genug Kitas? Gibt es genug Wohnungen für alle? Gelingt es Berlin, wirtschaftlich und finanziell stärker zu werden? Innerhalb von einem Jahr will der Senat ein Konzept für die Entwicklung Berlins in den nächsten zwanzig Jahren entwerfen. Das Stadtentwicklungskonzept wird 2014 mit einem Senatsbeschluss beschlossen. Federführend in der Landesregierung ist die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Die Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und der CDU beschreibt den Auftrag wie folgt:

«Als Rahmen für die gesamtstädtischen Entwicklungsstrategien werden wir ein Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 als Leitbild für die Stadt erarbeiten. Dabei setzen wir auf die Position Berlins als internationaler Wissensstandort und als Hauptstadt, auf die produktive Wirtschaft, auf die soziale Einheit der Stadt, die Erhaltung lebenswerten Stadtklimas, den effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen, die Gestaltung des demografischen Wandels sowie Berlins einzigartige Kulturlandschaft» (Richtlinien der Regierungspolitik | Drucksache17/0077 | 03.01.2012).

Das Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 soll eine mittel- bis langfristige Perspektive für die Entwicklung Berlins schaffen. Es soll die Stärken und Chancen, aber auch die Schwächen und Risiken Berlins aufzeigen. Im Sinne einer kooperativen Stadtentwicklung werden dafür Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit einbezogen.

Mit einer Auftaktwerkstatt zum Stadtforum 2030 startete am 22. Februar 2013 eine Reihe von mehreren Werkstätten zum Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt stellte einen Entwurf zur Diskussion vor.

Es wurde über drei wichtige Themen diskutiert: Soziale und räumliche Integration, ökonomische Prosperität und Umwelt und Lebensqualität.

Zum Thema soziale und räumliche Integration waren alle Teilnehmer_innen der Meinung, dass Segregation und Verdrängungsprozesse als größte Risiken für eine räumlich ausgeglichene Sozialstruktur zu werten sind. Sie sahen die sozio-strukturelle Vielfalt innerhalb der Bezirke und Quartiere als gefährdet an. Es wurden Strategien gegen die Verdrängung sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen aus der Innenstadt gefordert.

Zur Lage der Bildung in Berlin bemängelten die Teilnehmer_innen die Ungleichheiten zwischen den Bezirken. Einige Teilnehmer_innen erinnern an die Finanzlage der Berliner Hochschulen sowie ihre Raumproblematik und fordern, Hochschulen mit Exzellenzclustern nicht gegen andere Hochschulen auszuspielen. Berlin muss auch Stadt der Lehre bleiben und darf nicht ausschließlich Forschungsstadt werden. Hinsichtlich der Integration von Einwander_innen wird gefordert, ausländische Bildungsabschlüsse leichter anzuerkennen

Berlin besitzt eine leistungsstarke und

Leben nach Migration wird gefördert von der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration

Nadine Katabogama *studiert Politikwissenschaften an der FU Berlin. Seit 23.3.2012 ist sie Teil des neuen MRBB-Vorstands.*

Die nächste öffentliche Veranstaltung des Stadtforums 2030 findet am 24. April 2013 statt. Die Leitfragen lautet «Wo steht Berlin, wohin geht Berlin?»
Mehr Infos unter:
www.berlin.de/2030

prosperierende Ökonomie. Um sich als Stadt und Region weiter zukunftsfähig im Wettbewerb zu positionieren, sind weitere Investitionen notwendig. Die Berliner Wirtschaft ist auf mehrere und durchaus unterschiedliche Standbeine ausgerichtet (Dienstleistungssektor, Tourismus, Industrie u.a.m.), um in der Zukunft handlungsfähig zu bleiben, wird es notwendig sein, Prioritäten zu setzen.

Die Gesundheitsindustrie wird als wichtiger Standortfaktor für Berlin betont. Die Gesundheitsökonomie gilt als zukunftsträchtiger und krisenunabhängiger Sektor. Die Potenziale sind allerdings noch keinesfalls komplett ausgenutzt. Um die Chancen dieses Sektors in Zukunft intensiver nutzen zu können, ist eine Grundfinanzierung notwendig.

Beim Thema Umwelt und Lebensqualität stehen die Möglichkeiten zur Bewahrung und Weiterentwicklung der städtischen Grün- und Freiräume und die aktuellen Herausforderungen, mit denen die Berliner Kieze konfrontiert sind, im Mittelpunkt. Auch die Qualität des Lebensgefühls in Berlin wurde hervorgehoben.

Berlin steht vor großen Herausforderungen und das Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 ist ein gelungener Versuch die Zukunft Berlins positiv zu beeinflussen, zu bemängeln ist die Tatsache, dass das Thema Migration und Integration im Entwurf zu kurz kommt.

Kriminalisierte Mobilität

Straßenhandel als postkoloniales Recht auf Stadt?

Von Noa Ha

Migrationsprozesse haben in den letzten Jahrzehnten nicht nur die europäischen Metropolen geprägt. Was bedeutet das weltweit von sozialen Bewegungen geforderte Recht auf Stadt in postkolonialer Perspektive?

Straßenhandel ist kein freier Markt ï sondern weltweit streng reglementiert. In Berlin Mitte beispielsweise legt die Stadtverwaltung fest, welche Speisen auf den Straßen verkauft werden dürfen: nämlich Brezeln und Bratwürste. Auch in Washington wurde bis 2008 der Straßenverkauf auf wenige Produkte beschränkt. Auf Betreiben der Stadtverwaltung wurde diese monopolartige Beschränkung als Reaktion auf die Wirtschaftskrise aufgehoben, damit Washingtons «kulturelle Diversität sichtbar wird». Toronto hatte eine ähnliche Beschränkung auf Würstchen im Brot und legte 2008 das Programm «Toronto a la cart» zur multikulturellen Diversifizierung des Angebotes von Speisen im Straßenverkauf vor.

Diese Entwicklung zu einer kontrollierten Diversifizierung des Straßenhandels lässt sich in unterschiedlichen Städten der USA beobachten. Die New Yorker Gesundheitsbehörde führte 2008 die Green-Card-Initiative ein. Ziel ist, die Versorgung mit frischem Gemüse und Obst in bestimmten, vor allem armen Gebieten von New York zu erhöhen. Mit 1.000 neuen Genehmigungsbescheiden[1] für den Straßenhandel soll die Versorgung verbessert und ein Angebot zur Existenzgründung für Migrant_innen geschaffen werden. Die Initiative wird mit einer Finanzierung für Mikrokredite gestützt und bietet Informationen auf Englisch, Chinesisch, Urdu, Bengali und Arabisch an. Die städtischen Behörden hoffen so, neue Arbeitsplätze zu generieren, wie auch Hygiene und Sicherheit im Straßenverkehr zu kontrollieren.

Rassifizierte urbane Räume

In der kapitalistischen Gesellschaft impliziert die auf Henri Lefèbvre zurückgehende Losung «Recht auf Stadt» das grundlegende

[1] Im Moment gibt es 6.290 lizenzierte und 6.000 unlizenzierte Straßenhändler_innen in New York. Aufgrund langer Wartelisten gibt es einen lebhaften illegalen Markt für die Genehmigungen.

Recht auf soziale und politische Teilhabe in Bereichen wie Arbeit, Wohnen, Bildung, Kultur und Infrastruktur. Darüber hinaus geht Lefèbvre davon aus, dass Städte umstrittene räumliche Praktiken und Räume der Repräsentationen produzieren. Hierdurch wird die Stadt zum Feld der Auseinandersetzung über Teilhabe, Alltag und Selbstbestimmung.

Diese Perspektive nimmt zwar den kapitalistischen Produktionsprozess der Urbanisierung und Herstellung sozialer Ungleichheit in den Blick, jedoch sind die rassifizierten und gegenderten[2] Subjektpositionen nicht benannt. Um den kapitalistischen Urbanisierungsprozess mit seinen vielschichtigen Machtverhältnissen zu verstehen, muss aus einer feministischen, postkolonialen und intersektionalen Perspektive nach dem Alltag und der Teilhabe von rassifizierten und gegenderten Subjekten gefragt werden.

Postkoloniale Migration beschreibt eine Bewegung von Menschen, die von den kolonisierten Rändern der Welt in die Metropolen Europas eingewandert sind und sich in die städtische Geographie eingeschrieben haben. Ihre Niederlassung in den Zentren ist mit vielfältigen räumlichen Praktiken verbunden. Sie haben sich eigene Routen in den urbanen Zonen geschaffen, Familien, wirtschaftliche Unternehmen und religiöse Institute gegründet und sich eigene Räume der kulturellen Repräsentation aufgebaut. Besonders sichtbar sind die so genannten ethnischen Nischenökonomien in migrantisch geprägten Stadtbezirken. Sie verweisen auch auf ihre Einbettung in transnationale Beziehungen, wenn sie etwa in verschiedenen Sprachen Produkte anpreisen oder über transnationale Netzwerke Geschäftsideen und Know-How in lokale Ökonomien importieren. Der Boom von kleinen Läden in deutschen Städten, die «Bubble Tea» verkaufen, ist nur das aktuellste Beispiel.

Eine postkoloniale Perspektive auf das Verhältnis von Migration und Stadt stellt die Frage nach der Rassifizierung urbaner Räume in den Mittelpunkt. Stadtsoziologisch werden diese Prozesse als Segregation beschrieben, weil Stadträume sich entlang ethnisierter «Kategorien» verdichten und nicht «durchmischen». Dieser räumliche Prozess wird als bedrohliches Szenario ï beispielsweise als «Ghetto» ï analysiert, dem mit spezifischen Formen städtischer Sozialpolitik begegnet werden muss. In Deutschland etwa soll die «Soziale Stadt» Entwicklungspotentiale für migrantisch geprägte «soziale Brennpunkte» identifizieren und ihre marginalisierten Bewohner_innen ï oftmals People of Color ï über das «Quartiersmanagement» aktivieren.

Loïc Wacquant theoretisierte die urbanisierte Sozialpolitik als «territoriale Stigmatisierung», die einer neoliberalen Stadtpolitik inhärent sei. Sie ist mit der Herausbildung einer negativ bewerteten Adresse verknüpft, die ihre Bewohner_innen stigmatisiert. Jedoch handelt es sich nicht nur um eine territoriale Stigmatisierung, sondern auch um eine rassifizierte Stadttopologie. Denn Adressen sind keinesfalls nur neutrale Markierungen, sondern transportieren rassifizierte mediale und sozialpolitische Diskurse, die mit der Problematisierung von Religion, Migration, Armut, Kriminalität ï kurzum dem postkolonialen Anderen ï einhergehen. Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, wie ein Recht auf Stadt für den postkolonialen Anderen am Beispiel von Straßenhandel als räumliche Praxis formuliert werden könnte.

Kreative informelle Ökonomie

Im Kontext neoliberaler Stadtentwicklung und der Herausbildung unternehmerischer Städte, welche auf die Interessen und dem Lifestyle privilegierter Mittel- und Oberklasse abzielen und den Konsum in überwachten Shopping-Malls und privatwirtschaftlichen Stadtzentren fördern, wird der Straßenhandel fast immer als Störung, Gefahr und unliebsame Konkurrenz betrachtet. In Folge hat sich ein Regulationsregime herausgebildet, das den Straßenhandel weitestgehend verbietet und damit kriminalisiert.

Noa Ha, kritische Stadtforscherin of Color, untersucht in ihrer Dissertation Praktiken des Straßenhandels in Berlin-Mitte im Kontext der Hauptstadtwerdung und interessiert sich für die vielschichtigen Prozesse der Raumproduktion, in die sich die Verflechtungen von Macht, Repräsentation und Subjektivierung einschreiben. Sie war assoziierte Kollegiation am Center for Metropolitan Studies und Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mit Kristina Graaff ist sie Herausgeberin von *Global Perspectives on Urban Street Vending in the Neoliberal City* (2013).

[2] Mit gegenderten Subjektpositionen, sind nicht nur die biologisch und sozial konstruierten Positionen von «Mann» und «Frau» gemeint, sondern auch alle im Spektrum von inter- und transsexuellen Menschen, die eine gleich-, hetero- oder vielgeschlechtliche Sexualität leben.

Chronik rassistischer Polizeigewalt in Berlin:

6. Juli 2007 ï Andrea P.

Vorfall: Andrea P. beobachtet am Mittag des 6. Juli 2007 die brutale Festnahme eines Zigarettenhändlers auf dem Lidl-Grundstück in der Schnellerstraße durch einen Zivilpolizisten. Der Mann wird durch den Beamten massiv zu Boden geprügelt, am Boden getreten und brutal mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Es ist offensichtlich, dass der Mann verletzt ist und einen Arzt benötigt. Nachdem ein Streifenwagen eingetroffen ist, werden dem Mann Handschellen angelegt. In diesem Zustand wird er nun nochmals durch einen uniformierten Polizeibeamten ins Gesicht geschlagen.

Rassistische Motivation: unterstellte Herkunft

Strafrechtlicher Verlauf: Andrea P. stellt gegen die beteiligten Polizisten Strafanzeige.
(vgl. Akte ReachOut)

Weitere Chronikeinträge unter http://www.kop-berlin.de/chronik

Um als unterprivilegierte Neuankömmlinge trotzdem zu überleben, müssen die Betroffenen kreativ und dynamisch handeln, um ihren Ausschluss aus der formellen Ökonomie zu kompensieren. Dazu gehören Praktiken, bei denen der Verkauf von Waren an strategischen Orten mit einer angepassten Taktik erfolgt, die auf schnellem Auf- und Abbau des Verkaufsstandes bei Polizeikontrollen beruht.

In vielen europäischen Städten entwickelt sich ein neues Feindbild gegen migrantische Straßenhändler_innen, die oftmals aus Afrika und Ostasien eingewandert sind. So wird etwa in der griechischen Presse über das Anwachsen des Straßenhandels in Athen und Thessaloniki in alarmierendem Tonfall berichtet und die Händler_innen als Invasor_innen dargestellt, die den öffentlichen Lebensraum der Griechen «besetzen». In anderen Städten wie Venedig wurde bereits ein paramilitärisches Sondereinsatzkommando eingerichtet, um gegen jene Migrant_innen vorzugehen, die Waren wie gefälschte Markenartikel, Kleidung, Handtaschen und Produkte des alltäglichen Bedarfs verkaufen. Auch in Spanien ist eine konfrontative Entwicklung im Gang, die mit xenophober Ausgrenzung und rassistischer Gewalt einhergeht. Zum Beispiel fand in Madrid im Februar 2009 eine Demonstration der «Manteros» statt, und auch in Bilbao haben sich Aktionsbündnisse gegründet, um für die Rechte und den Schutz von eingewanderten Menschen zu kämpfen. «Manteros» sind papierlose Flüchtlinge, die ihre Waren auf Decken ï «mantas» ï verkaufen. Diese hoch mobile Verkaufstechnik erlaubt, die Waren bei Polizeikontrollen sekundenschnell zusammenzuraffen und zu fliehen. Die Demonstration richtete sich gegen Haftstrafen von drei bis vier Jahre für «Manteros» wegen des Vertriebs von Raubkopien. Aktionsbündnisse und NGOs kritisieren, dass das Recht auf Sicherung des eigenen Überlebens kein Delikt darstellt.

Ein selbstbestimmtes Leben

Diese aktuellen Entwicklungen im Bereich des Straßenhandels sind mit der post- und neo-kolonialen Dimension der Migration in Europa eng verwoben und korrespondieren mit der Aufrüstung europäischer Grenzen. Diese verlaufen nicht nur an den territorialen Grenzen der Nationalstaaten, sondern auch in den Städten. Der öffentliche Raum ist für Eingewanderte eine Ressource für die ökonomische Existenzsicherung, aber genauso ein Raum staatlicher Kontrolle. Die migrantischen Praktiken in Spanien und Griechenland sind gekennzeichnet durch die Subjektpositionalität der Händler_innen als papierlose Flüchtlinge und ungleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder, die sich im Rahmen der informellen Ökonomie ihr wirtschaftliches Überleben sichern. Durch rigorose polizeiliche Kontrollpraktiken, die mit Kriminalisierung des Straßenhandels verbunden sind, wird die ökonomische und gesellschaftspolitische Problemlage potenziert.

Um die Straßenhandelspraktiken von postkolonialen Migrant_innen gesellschaftspolitisch und theoretisch adäquat zu situieren, muss die Vorstellung von öffentlichem Raum in der neoliberalen Stadt überdacht werden. Der Straßenhandel ist nicht nur durch räumliche Praktiken, Strategien und Taktiken geprägt, sondern in gleicher Weise durch die Herkunft seiner Subjekte und die Genealogie ihrer Migration. Die Positionen rassifizierter Menschen in der neoliberalen Stadt sind nicht nur von den Bedingungen prekarisierter und informalisierter Arbeit, sondern auch durch die Prekarisierung der Aufenthaltsbestimmungen durch Migrations- und Integrationspolitik bestimmt. Diese Erfahrungen bilden für viele postkoloniale Migrant_innen eine konstante Exklusion aus den öffentlichen Räumen europäischer Städte.

Die Forderung nach einer interkulturell kompetenten Stadt, die Möglichkeiten der Teilhabe bereit stellt und Menschen dafür aktiviert, erscheint hier eher als Illusion, da sie ohne strukturelle Problemanalyse und konkrete politische

Forderungen auskommt. Das selbstbestimmte Leben von postkolonialen Migrant_innen in den Städten, die das Recht haben, Arbeit, Wohnort, Ausbildung und Schule frei zu wählen, gehört noch lange nicht zu den stadtpolitischen Aufgaben einer inkluierenden Stadt. Bisher ist die Politik viel zu stark in die diskriminatorischen Logiken einer hierarchisierenden Integrations- und Arbeitspolitik verstrickt, um urbane Barrierefreiheit und soziopolitische Sicherheit von postkolonialen Migrant_innen zu fördern. Ein postkoloniales Recht auf Stadt reflektiert dagegen die kolonialen Diskurse des Städtischen, die zu einer Rassifizierung von Körpern, Arbeit und Räumen beitragen und liberale Produktionsprozesse des Städtischen reproduzieren. Das Recht auf Stadt aus Perspektive der Migration zu denken, würde auch ein Recht für diejenigen formulieren, die in migrantischen Nachbarschaften von Gentrifizierung bedroht sind, die als Ayslbewerber_innen außerhalb der Stadt zwangsuntergebracht werden, oder die im öffentlichen Raum als Straßenhändler_innen ihr ökonomisches Überleben sichern.

Der Beitrag von Noa Ha «Kriminialisierte Mobilität» ist erstmalig erschienen in der iz3w 332 | Wem gehört die Stadt? Hello City September / Oktober 2012 https://www.iz3w.org/

Grenzenlos & unverschämt

Antirassistische Widerstände Deutschlands von Menschen mit Rassismuserfahrung

Grenzenlos & unverschämt, so der Titel der Podiumsdiskussion über antirassistische Widerstände in Deutschland. Eingeladen dazu hatte das Bündnis gegen Rassismus am 21. März, anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus. Der Titel stellte eine Hommage an die Schwarze Aktivistin May Ayim dar und verdeutlichte damit, dass es an diesem Abend ausschließlich um den antirassistischen Widerstand der Menschen geht, die selbst Rassismuserfahrungen machen. «Es handelt sich um wenig gehörte Geschichten», so die Moderatorin Nadije vom Bündnis gegen Rassismus. Wie das gleichnamige Gedicht von Ayim, so kämpft auch der antirassistische Widerstand «gegen die deutsche sch-einheit» (das gesamte Gedicht kann in der Februar 2012 Ausgabe von *Leben nach Migration* nachgelesen werden: Auf dem Podium an diesem Abend saßen: Adetoun Küppers-Adebisi (Afrotak TV cyberNomads), Garip Bali (Allmende e.V.) Hajdi Barz (Ini Rromnja) und Napuli P. (Refugee Protest Oranien-platz).

Die Diskussionsrunde öffnete einen Raum für unterschiedliche Widerstandsgeschichten und ermöglichte damit einen Austausch von verschiedenen sowie gemeinsamen Erfahrungen. Schnell kristallisierte sich heraus, dass zentrale Momente in allen Kämpfen die Unabhängigkeit sowie die Selbstorganisation sind. Nur so können die rassistischen Zustände radikal kritisiert werden. «Wir sind frei und publizieren was wir wollen,» so die Medien-Aktivistin Adetoun Küppers-Adebisi. Davon, dass Kämpfe und Forderungen in *weißen* Kontexten unsichtbar gemacht und ignoriert werden, berichteten ebenfalls alle vier Aktivist_innen. «Das ist die alltägliche Erfahrung in unserer Arbeit», so Hajdi Barz von der Ini Rromnja. Eine wichtige und empowernde Antwort hierauf sei es die eigene Geschichte und zentrale Personen der Widerstandsgeschichte zu kennen. So beging die Ini Rromnja die Einweihung des Roma Denkmals in Berlin im Oktober vergangenen Jahres, in dem sie zu einer Veranstaltung zu Ehren der Porajmos[1]-Überlebenden, Ceija Stoika einluden. In

Residenzpflicht abschaffen!
Lagerpflicht abschaffen!
Abschiebungen stoppen!

Am **8. April,** dem **Internationalen Tag der Rroma**, ruft die Initiative Rromnja zur **Demonstration** vor der Ungarischen Botschaft auf, in Solidarität mit den weltweiten Bewegungen von Rroma-
Mehr Infos unter: http://inirromnja.wordpress.com/

[1]Porajmos ist die Romanes Bezeichnung für den Völkermord an Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus.

REFUGEES´Revolution Demo am 23.03.2013
Ein Jahr selbstbestimmter Widerstand aus der Mitte Berlins!
Mehr Infos unter
http://asylstrikeberlin.wordpress.com/

AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln von Öffentlichkeit gegen Gewalt e. V. und cyberNomads (cbN) (Hrsg.): **The BlackBook**. Deutschlands Häutungen. IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation (Frankfurt) 2004.
Mehr Infos zur Geschichte der afrikanischen Diaspora in Deutschland aus Schwarzer Perspektive unter:
http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/afrikanische-diaspora/

einer Lesung wurden Texte der Schriftstellerin vorgetragen und es Werke ihrer Malerei in einer Ausstellung gezeigt. «Das ist eine der Lebensgeschichten, die nicht erzählt werden.» Hajdi Barz fasst die Weigerung der Dominanzgesellschaft, die Geschichten der Unterdrückung zu erzählen und den Perspektiven der Unterdrückten einen Raum zu geben mit dem Begriff der *Entinnerung* zusammen.

Einem Großteil von weiß-positionierten Menschen sei die Situation von Migrant_innen und deren Widerstandskämpfe einfach völlig egal, so Garip Bali. «Immer wieder erleben wir Desinteresse, wenn wir mit unseren Forderungen auf die Straße gehen.» Leider fehlt es auch bei den negativ Betroffenen häufig an einem Bewusstsein über die eigene Unterdrückung. Dies sei jedoch eine Voraussetzung für den politischen Kampf. «Viele denken ihre Situation sei Schicksal, und sie müssten mit den Zuständen leben, da es sich ohnehin nicht ändern lässt.» Die Geschichten der Unterdrückung und der Widerstandskämpfe müssen sichtbar gemacht werden, um auch diejenigen zu erreichen, denen das kritische Bewusstsein bisher fehlt. Seit Jahrzehnten ist der Aktivist in verschiedenen Initiativen und Vereinen aktiv und betreibt intensiv Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, um beispielsweise diskriminierende Verschärfungen der so genannten Ausländergesetze zu dekonstruieren. «Auch heute im Zuwanderungsgesetz geht es nicht um Zuwanderung, sondern um Kontrolle und Diffamierung derer die kommen und auch der Migrant_innen, die schon hier sind.» Garip Bali betonte, dass es den Widerstand aus migrantischer Perspektive schon lange gibt, dieser jedoch nicht gehört und nicht gesehen werde. Gegen das Unsichtbarmachen und Ignorieren bietet Allmende auf Anfrage eine geführte Tour durch Berlin an, welche die Orte des migrantischen Widerstands aufsucht.

Ein weiterer Fall von Entinnerung oder kollektiver Amnesie in Deutschland, stellt der Genozid in der ehemaligen deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, dar. Bis heute fehlt eine offizielle Anerkennung des Völkermordes durch die deutsche Bundesregierung. «Wir lernen auch nichts darüber in der Schule. Wir werden dumm gehalten», so Adetoun Küppers-Adebisi. Afrotak TV cyberNomads geht speziell gegen diese Entinnerung vor, indem es die Geschichte der afrikanischen Diaspora in Deutschland aus Schwarzer Perspektive erzählt und aktuelle Geschehnisse dokumentiert. Die N-Wort Debatte, die kürzlich in den Medien geführt wurde, stimme jedoch traurig, wie wenig bisher erreicht wurde. Sie selbst wurde zum ersten Mal als Kind ein N-Wort genannt. «Wenn du deine Kindheit zunächst in Nigeria verbracht hast, dann weißt du nicht, dass du in Deutschland depriveligiert bist. Hier war ich ein N-Wort. Dort war ich Teil einer langen Familiengeschichte.» Die Debatte verdeutliche, dass noch ein «langer Weg vor der Gesellschaft liegt.»

Es gibt jedoch auch Erfolge die der antirassistische Widerstand der Menschen mit Rassismuserfahrung verzeichnen kann. So wird heute in den Medien viel häufiger von Rassismus gesprochen, als dies in den 70ern und 80ern Jahren der Fall war, so Garip Bali. Oder der Fakt, dass die Geflüchteten am Oranienplatz ihren Protest nun seit einem Jahr, trotz vieler widriger Umstände, aufrecht halten können. Zwar wurden bisher die Forderungen nicht erfüllt, dennoch muss das Durchhaltevermögen und die Solidarisierungen als Erfolg gewertet werden. «Wir kämpfen darum, dass unsere Worte überall gehört werden. Wir sind das Zentrum des Kampfes und wollen aus der Mitte Berlins sichtbar sein,» so Napuli P. Mit der kürzlich beendeten Bus-Tour durch ganz Deutschland, wollten sie mehr Geflüchtete dazu motivieren sich dem Protest anzuschließen und die Lager zu verlassen. «Wir wollen die Leute aus

den Lagern und aus der Angst holen. Sie sollen die Angst zurückgeben.ñDie massive Polizeigewalt, mit welcher gegen die Geflüchteten während der Bustour vorgegangen worden ist, spricht von dieser Angst auf Seiten des Staates. Die Perspektiven und Erzählungen, der Geflüchteten können das herrschende System zum Wanken bringen, denn sie füllen die bewusst ausgelassenen Leerstellen, der offiziellen Geschichtsschreibung und Narrative. Die Aktivist_innen des Protestcamps wissen genau: «Nicht wir sind es, die sich illegal verhalten, sondern sie sind es, die illegal handeln, wenn sie uns unsere Rechte nehmen,» so Napuli P. Der Widerstand der Geflüchteten bricht jeden Tag mit rassistischen Gesetzen, wie der Residenzpflicht und der Lagerpflicht, die ein menschwürdiges und freies Leben unmöglich machen. ĂWir stellen die Frage global, an die Welt: Ist es ein Verbrechen ein_e Migrant_in oder ein Flüchtling zu sein? Die Welt wird es beantworten,ñso die Flüchtlingsaktivistin weiter.

Im Anschluss an den Austausch von Erfahrungen ging es an diesem Abend abschließend darum ĂHandlungsoptionen aufzuzeigen und die gesellschaftlichen Kräfte zusammen zu führenñ, so die Moderatorin. Den Community übergreifenden Widerstand, sieht Sanchita Basu von ReachOut, die an diesem Tag nicht auf dem Podium saß, sondern sich aus dem Publikum zu Wort meldete, zum einen als großen Erfolg der jüngsten widerständigen Geschichte und zugleich als viel versprechende Handlungsstrategie für die Zukunft. Garip Balis Antwort geht in eine ähnliche Richtung: ĂEine wichtige Sache ist die Vernetzung. Vielleicht brauchen wir eine Bündnis der Bündnisse in Berlin.ñ Das Festival gegen Rassismus, welches im August dieses Jahres zum zweiten Mal stattfindet, stelle eine gute Möglichkeit dar sich besser kennen zu lernen und gemeinsam nach Vorne zu schauen. Er rief alle antirassistischen Gruppen und Einzelpersonen auf sich an den Vorbereitungen, die bereits begonnen haben, zu beteiligen. sb

Die Vorbereitungen des **Festivals gegen Rassismus** 2013, das vom 16. ï 18. August am Blücherplatz stattfinden soll, haben begonnen.
Nächstes Vorbereitungstreffen am **11.April** bei Allmende

Internationalistischer Frauenkampftag – Internationaler Weltfrauentag!“

von Leyla Boran

Auch dieses Jahr fanden rund um den 8.März zahlreiche Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen anlässlich des Internationalistischen Frauenkampftages, des Internationalistischen Weltfrauentages, statt.

Die Forderungen des diesjährigen Internationalen Frauenkampftages lautete bei den verschiedenen Aktionen in Berlin und Brandenburg ï und auch weltweit in feministischen Kontexten ï u.a. «Schluss mit der Gewalt gegen Frauen und Mädchen!», «Kampf dem Feminizid, Sexismus, Patriarchat und der Homophobie!», «Keine Lager für Frauen! Alle Lager abschaffen! Schließung der Flüchtlingslager für Frauen und Kinder» und «Bleiberecht für Alle!»/«Wohnungen für Alle!»

Seit mehr als 100 Jahren gehen Frauen inzwischen für ihre Rechte auf die Straße.

Initiiert wurde der Frauentag von der Sozialistin Clara Zetkin und Käthe Duncker. Clara Zetkin beantragte im August 1910 auf dem II. Kongress der sozialistischen Internationale in Kopenhagen die Einführung eines Frauentags.

Im darauf folgenden Jahr, am 19.03.2011, gingen dann erstmals mehr als eine Million Frauen in Deutschland, Österreich, Dänemark und der Schweiz

Leyla Boran, internationalistische Frauenrechtsaktivistin, Mitfrau bei Dest-Dan e.V., Vorstandsmitfrau bei der Frauenbildungs- und Begegnungsstätte Utamara e.V. sowie Mitarbeiterin im Migrationsrat

Am 8. März demonstriert ein breites Bündnis linker, migrantischer und feministischer Gruppen unter dem Motto «Frauen kämpfen international»
Mehr Infos unter:
http://8maerz.blogsport.de/

zum Frauentag auf die Straße.

Ihre Forderung lautete: Einführung des Frauenwahlrechts und Teilhabe der Frauen am politischen Leben.

Denn außer in Finnland waren zu diesem Zeitpunkt europaweit in keinem Land Frauen zur Wahl zugelassen.

Seit 1921 wird der Tag am 8. März begangen, in Deutschland auch trotz Verbot, wie z.B. während des Naziregimes.

Am Internationalen Weltfrauentag, Frauentag, Internationaler Frauen-Arbeiterinnentag und auch Frauenkampftag genannt, benennen Frauen ihre Forderungen und weisen auf die Ungleichbehandlung hin, wie z.B. darauf, dass Frauenrechte Menschenrechte sind. Wie auch Clara Zetkin sagte: «Keine Sonderrechte für Frauen- sondern Menschenrechte für Frauen!»

An dem diesjährigen Weltfrauentag wurde bei den verschiedenen Veranstaltungen vor allem der drei in Paris im Januar hingerichteten Frauenrechtsaktivistinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez gedacht und so auf den weltweiten Feminizid aufmerksam gemacht.

Daher fand auch eine europaweit mobilisierte Demo zum Weltfrauentag in Paris statt, an der Tausende Frauen teilnahmen und die sofortige Beendigung der Gewalt gegen Frauen, Mädchen und weibliche Föten forderten.

Am Nachmittag des 8.3.2013 gab es vor dem Rathaus Neukölln von den FrauenLesbenTrans, DestDan und weiteren Unterstützer_innen einen Info-Stand. Die Unterstützer_innen führten am Infostand mit Passant_innen Gespräche, erzählten von den verschiedenen Projekten und luden dazu ein, beim feministischen Dosenwerfen mitzumachen.

Im Anschluss daran gingen Dutzende FrauenLesbenTrans zu der Bäckerei in der Flughafenstraße, in der im Januar 2013 zwei Schwestern von dem Ex-Partner einer der Schwestern erschossen wurden, um den Schwestern zu gedenken und der brutalen Tat zu mahnen.

Es wurden Blumen vor dem Tatort nieder gelegt, Kerzen angezündet, Plakate mit Aufrufen, die zur Solidarität unter Frauen aufriefen, an die Scheiben der Bäckerei geklebt!

Währenddessen demonstrierten «Women in Exile» ï eine Gruppe von Flüchtlingsfrauen und ehemaligen Flüchtlingsfrauen ï zusammen mit Unterstützer_innen am 8.3.2013 in Potsdam für die «Schließung der Flüchtlingslager für Frauen und Kinder» und wiesen auf die prekären Zustände in den Flüchtlingslagern in Berlin und Brandenburg hin. Ihre Forderungen: «Menschenrechte für Flüchtlinge und Bleiberecht für Alle!», «Stoppt Gewalt gegen Frauen und Mädchen!»

Women in Exile, Women in Exile and Friends, FrauenLesbenTrans, DestDan und viele andere Internationalistinnen feierten am Abend auf der Frauenetage in der Ohlauerstraße in Berlin gemeinsam den Internationalistischen Frauenkampftag- Internationaler Weltfrauentag.

Hunderte demonstrierten dann auch am 9.3.2013 in Berlin unter dem Motto «Frauen kämpfen International ï gegen Patriarchat und Kapital!» Dabei wurde insbesondere auf den weltweiten Feminizid in den Beiträgen hingewiesen und zur Erhebung der Stimme dagegen aufgerufen.

19.04. - 21.04.2013 Frauenflüchtlingskonferenz in Hamburg
Flüchtlingsfrauen sagen: «Es reicht!» von der Flüchtlingsfrauenkonferenz zum Tribunal in Berlin.

Internationales Flüchtlingstribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland

Vereint gegen koloniales Unrecht

Das Netzwerk der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen organisiert vom **30.ï 31. Juni 2013 in Berlin** ein internationales Tribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland. Die Idee dazu entstand 2009 im Rahmen der Konferenz «Vereint gegen koloniales Unrecht in Deutschland».

Das Tribunal eröffnet Flüchtlingen und Migrant_innen die Möglichkeit, die Bundesrepublik Deutschland öffentlich in Berlin anzuklagen. Die deutsche Regierung wird dafür verantwortlich gemacht, tagtäglich Menschen dazu zu bringen, ihr Land als Flüchtlinge zu verlassen, Tötungen an den Außengrenzen Europas zu veranlassen und psychisches und physisches Leid hervorzubringen, das Flüchtlinge und Migrant_innen hier in Deutschland alltäglich erfahren.

Die Unterdrückten und deren Familien werden ihre persönlichen schmerzhaften Erfahrungen und eigenen Geschichten selbst erzählen. Aktive Fachleute und Sachkundige, darunter Ärzt_innen, Rechtsanwält_innen, Professor_innen für Soziologie, Recht oder Politik, werden die Praktiken der deutschen Politik mit den internationalen Abkommen abgleichen und die Situation aus ihrem professionellen Blickwinkel einschätzen. Selbstorganisierte Gruppen von Flüchtlingen und Migrant_innen präsentieren ihre langen Widerstandsgeschichten zur Verteidigung der Grundrechte aus der Sicht von Flüchtlingen und Migrant_innen. Das Tribunal reflektiert diese Erfahrungen, evaluiert sie und eröffnet Perspektiven. Vor und während des Tribunals selbst wollen wir eine Dokumentation zu den Menschenrechtsverletzungen und Ungerechtigkeiten, mit denen Flüchtlinge und Migrant_innen konfrontiert werden, zusammenstellen. Die Dokumentation soll Menschenrechtsorganisationen und anderen Interessierten zur Verfügung gestellt werden. ir

Mehr Informationen unter: http://www.refugeetribunal.org/ und http://thecaravan.org/node/2125

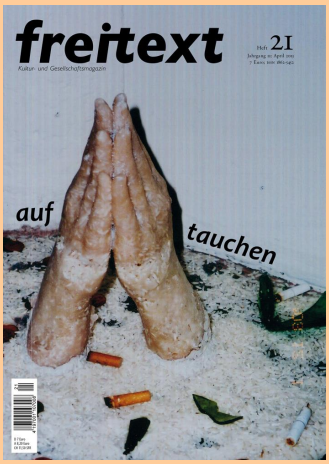
freitext Launch: Auftauchen – Empowering Asian Germany

Ballhaus Naunynstraße, **Samstag, 27. April 2013, 20 Uhr**, freier Eintritt

Die 21. Ausgabe des Kultur- und Gesellschaftsmagazins *freitext* mit dem Titel «*auftauchen*» verfolgt das Ziel, unterschiedliche Asiatisch-deutsche Perspektiven in ihrer uneingrenzbaren Vielschichtigkeit und Multidimensionalität miteinander in Verbindung zu setzen. Zusammen mit dem Asiatisch-deutschen Verein *korientation* stellen wir uns der Herausforderung öffentliche Räume für Geschichten, Diskussionen und Imaginationen eines anderen Deutschlands zu erschaffen. Dieses Heft setzt unser Engagement für Selbstrepräsentationen fort. So divers die Themen und Zugänge zu *Asian Germany* auch sind, so verbinden die hier versammelten Beiträge das Anliegen eine neue selbstbewusste Sichtbarkeit zum Ausdruck zu bringen.

Beim Launch wird gelesen, gehört, getanzt und gefeiert.

Mit Yoko Tawada, Deniz Utlu, Kien Nghi Ha, Hieu Hoang, Linda Koiran, Ḳhan Özgen, Rebecca Sumy Roth, Trang Tran, Mutlu Ergün, Noa Ha u. v. a.



Mehr Informationen unter www.freitext.com und www.korientation.de

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34
10999 Berlin

TELEFON:
030 / 61658755

FAX:
030 / 61658756

E-MAIL:
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB

Redaktion:
Angelina Weinbender (aw),
Sabine Bretz (sb),
Iris Rajanayagam (ir),
Koray Yılmaz-Günay,

Texte können verwendet und vervielfältigt werden, sofern die Quelle angegeben ist.

www.mrbb.de

Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband von 78 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von ĂMigrant_innenñ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator_innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können aber auch unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden

Veranstaltung zum NSU Prozessauftakt

Das Problem heißt Rassismus! Wir schauen hin!

5. April, 19:30 Uhr im Nachbarschaftshaus Urbanstraße

Wie hat Elif Kubaşık die Ermittlungen zum Mord ihres Ehemannes Mehmet Kubaşık in Dortmund erlebt? Welche Auswirkungen hatten die diskriminierenden Ausgangsthesen der Polizei auf die migrantische Community? Was erwarten die Angehörigen und ihre Anwält_innen vom NSU-Prozess, der am 17. April in München beginnt?
Mehr Infos unter: http://buendnisgegenrassismus.org//

Demonstration zum Gedenken an Burak B.

6. April, 14 Uhr am Friedhof Columbiadamm:
Mehr Infos unter:
http://burak.blogsport.de/

Aufruf zur Prozessbeobachtung:

Amare B. kämpft weiter um die Bestätigung der Verurteilung zweier Berliner Polizisten. Nächster Prozesstermin am

8. April, 9:00 Uhr im Landgericht Berlin, Raum: 2/B 219

Mehr Informationen zum bisherigen Prozessverlauf unter:
http://kop-berlin.de/

Termine:

8. April, 15:00 Uhr vor der Ungarischen Botschaft**: Demo und Gedenken zum Internationalen Tag der Roma**. Mehr Infos unter:
http://inirromnja.wordpress.com/

19. - 21. April in Hamburg: **Frauenflüchtlingskonferenz**. Mehr Infos unter:
http://thecaravan.org/

24. April, 17 Uhr im Roten Rathaus: **Stadtforum 2030.** Wo steht Berlin, wohin geht Berlin? Mehr Infos unter: www.berlin.de/2030

27. April, 20 Uhr im Ballhaus Naunynstrasse: ***freitext* Launch**: Auftauchen ï Empowering Asian Germany. Mehr Infos unter:
http://www.ballhausnaunynstrasse.de/

Vorbereitungstreffen Festival gegen Rassismus

Do., 11. April und 25.April jeweils um **19 Uhr** bei Allmende